

Verantwortl. Redaktoren: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3—4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nebenblatt 30 Pf.

E. L. Berlin, 10. Mai.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

61. Sitzung vom 10. Mai.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung
um 11 Uhr.

Zur Verabreichung steht zunächst die von der
Budgetkommission zum Sekundärbahn-
gesetz vorgelegene Resolution: „Die künftige
Staatsregierung aufzufordern, die für den Er-
neuerungsbau von Bahnhöfen erforderlichen Be-
dürfnisse in dem Staatshaushaltsplan auszubringen
und demgemäß die Mittel zur Befriedigung der-
selben auf dem für den Staatshaushaltsplan ge-
gebenen Wege zu beschaffen.“

Nachdem der Berichterstatter Abg. Dr.
Hamacher die Resolution eingehend be-
gründet, bemerkt

Abg. Schmieding (nl.), daß schon seit
langer Zeit auf den Uebelstand aufmerksam ge-
macht worden, daß die Bauverhältnisse für die Eisen-
bahnen aus Anleihen gedeckt, die großen Ueber-
schüsse der Eisenbahnverwaltung dagegen zu Re-
servenfonds angesammelt werden. Es wäre er-
wünscht gewesen, wenn die früheren Verordnun-
gen zu einer allgemeinen Regelung geführt
hätten, er könne aber nicht dem Vorgehen der
Budgetkommission, die Frage an einem einzelnen
Punkte zum Ausdruck zu bringen, zustimmen und
müsse sich daher gegen die Resolution erklären.
Weil gerechtfertigter würde es es noch halten,
wenn man die Erneuerung des rollenden Materials
auf den Etat verweisen wollte, aus der Finanzlage
würde man Bedenken gegen ein solches Vorgehen
nicht herleiten können. Der Bau der Bahnhöfe
aber sei der wichtigste Punkt der Eisenbahnver-
waltung und es wäre eine große Ungerechtigkeit,
wenn man, nachdem für die großen Städte die
Bahnhöfe aus Anleihen gebaut seien, die kleinen
Städte auf den Etat verweisen wollte, noch
zumal, da bei den Bahnhöfen Leben und Gesund-
heit der Passagiere in Frage stünde. Viel richtiger
wäre es gewesen, wenn der in der Kommission
gestellte Antrag angenommen worden wäre: „die
Staatsregierung aufzufordern, die Frage einer
Beschränkung der von der Eisenbahnverwaltung
für andere Staatsausgaben zur Verfügung zu
stellenden Summen auf einen festen, in be-
stimmten Zeiträumen zu verbleibenden Betrag in
Erwägung zu nehmen.“ Indem bei einem solchen
Verfahren der Eisenbahnverwaltung der Rest der
Ueberschüsse verbleibe, gewinne dieselbe daraus
die Mittel, um auch außerordentliche Ausgaben,
wie die Kosten der Vermehrung der Geleise und
Betriebsmittel, des Baues von Bahnhöfen u. z.
zu bestreiten.

Abg. Dr. Lieber (fr.) stimmt dem Vor-
redner im Allgemeinen bei, bezeichnet aber die
von der Kommission vorgelegene Resolution als
den ersten Schritt auf dem von demselben be-
zeichneten We., mit dem indessen eine wesentliche
Umänderung des bestehenden Eisenbahn-Garantie-
gesetzes verbunden werden müsse. Man wird
an dem Ziele festhalten, allmählich zu einem festen
Zuschusse aus den Ueberschüssen der Eisenbahn-
verwaltung auf die Staatskasse zu gelangen, denn
es sei auf die Dauer unmöglich, fortwährende
Ausgaben der Staatsverwaltung auf die schwän-
kenden Einnahmen der Eisenbahnverwaltung zu
verweisen. Dies beweise klar genug die Not-
wendigkeit einer gewissen Regelung der ganzen
Frage. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige
Finanzlage empfehle es sich, darauf Bedacht zu
nehmen, schrittweise die Mittel zu den erforder-
lichen Erneuerungen aus den Betriebseinnahmen
der Staatsbahnen zu beschaffen und dazu
führe die von der Kommission vorgeschlagene Re-
solution.

Minister Miquel erklärt, nach wie vor
der Ansicht zu sein, das Eisenbahn-Garantiegesetz
von 1882 habe die notwendigen Garantien nicht
geschaffen, welche erforderlich waren bei Ueber-
nahme einer so wichtigen Betriebsverwaltung und
ihrer bedeutenden Risiken. Regierung und Land-
tag hätten sich damals auf einem noch unbekannten
Gebiete bewegt. So lange er und sein Kol-
lege von den öffentlichen Arbeiten, die mit ein-
ander übereinstimmen, an dieser Stelle stünden,
würde er einen allgemeineren Aus-
druck des Verlangens, gewisse Ausgaben auf
den Etat zu übernehmen, für richtig halten,
als daß man einen einzelnen Punkt aus den
Ausgaben herausgreife. Den Wunsch nach
einer festeren Grenzlinie zwischen der
Eisenbahnverwaltung und der allgemeinen Finanz-
verwaltung könne er verstehen, aber es komme
auf die Modalitäten an. Sollte damit etwa die
Eisenbahnverwaltung der allgemeinen Finanzkon-
trolle entzogen werden, so müsse er dem doch
widersprechen. Dagegen könne man vielleicht ge-
wisse Minimal-Ertragsgrößen feststellen, welche der
Eisenbahnverwaltung für eigene Zwecke zu ver-
bleiben hätten. Dieser Gedanke verdiene Er-
wägung, aber viel praktischer Werth habe er
vielleicht nicht. Seines Erachtens habe diese
ganze Frage überhaupt nicht die Bedeutung, die
ihm zugeschrieben werde. Deutliche Worte
sind vielmehr darauf, daß überhaupt die Ausgaben
möglichst eingeschränkt werden; die Art der Ver-
mehrung dagegen sei von geringerer Bedeutung.
Von allen den in der Kommission vorgeschlagenen
Resolutionen wäre ihm diejenige, welche die
Wünsche der Kommission in allgemeinerer Form
zum Ausdruck bringe, am liebsten. Nehme aber
das Haus nicht diese, sondern die von der Kom-
mission beantragte Resolution an, so würde er
auch diese nur so auffassen, daß das Haus sein
Verlangen in Bezug auf Uebernahme von Aus-
gaben auf den Eisenbahnetat keineswegs dauernd
auf jenen einen Punkt (Bahnhöfe) be-
schränkt wissen wollte.

Abg. Graf Limburg-Sturum (konf.)
führt aus, wie sich betreffs Deckung gewisser
Ausgaben aus den Einnahmen ganz bestimmte
Grundregeln überhaupt schwer aufstellen ließen.
In noch größere finanzielle Verlegenheiten wären
wir jedenfalls gerathen, wenn wir die Eisen-
bahnen nicht verstaatlicht hätten. (Rickt:
Grafenmacherei!) Auch an Sekundärbahnen
wäre dann nicht so viel gebaut worden, sei doch
die thüringische Bahn die einzige gewesen,
welche zur Zeit vor der Verstaatlichung Neben-
bahnen gebaut hat.

Abg. Graf Limburg-Sturum (konf.)
führt aus, wie sich betreffs Deckung gewisser
Ausgaben aus den Einnahmen ganz bestimmte
Grundregeln überhaupt schwer aufstellen ließen.
In noch größere finanzielle Verlegenheiten wären
wir jedenfalls gerathen, wenn wir die Eisen-
bahnen nicht verstaatlicht hätten. (Rickt:
Grafenmacherei!) Auch an Sekundärbahnen
wäre dann nicht so viel gebaut worden, sei doch
die thüringische Bahn die einzige gewesen,
welche zur Zeit vor der Verstaatlichung Neben-
bahnen gebaut hat.

Abg. Graf Limburg-Sturum (konf.)
führt aus, wie sich betreffs Deckung gewisser
Ausgaben aus den Einnahmen ganz bestimmte
Grundregeln überhaupt schwer aufstellen ließen.
In noch größere finanzielle Verlegenheiten wären
wir jedenfalls gerathen, wenn wir die Eisen-
bahnen nicht verstaatlicht hätten. (Rickt:
Grafenmacherei!) Auch an Sekundärbahnen
wäre dann nicht so viel gebaut worden, sei doch
die thüringische Bahn die einzige gewesen,
welche zur Zeit vor der Verstaatlichung Neben-
bahnen gebaut hat.

Abg. Graf Limburg-Sturum (konf.)
führt aus, wie sich betreffs Deckung gewisser
Ausgaben aus den Einnahmen ganz bestimmte
Grundregeln überhaupt schwer aufstellen ließen.
In noch größere finanzielle Verlegenheiten wären
wir jedenfalls gerathen, wenn wir die Eisen-
bahnen nicht verstaatlicht hätten. (Rickt:
Grafenmacherei!) Auch an Sekundärbahnen
wäre dann nicht so viel gebaut worden, sei doch
die thüringische Bahn die einzige gewesen,
welche zur Zeit vor der Verstaatlichung Neben-
bahnen gebaut hat.

Abg. Graf Limburg-Sturum (konf.)
führt aus, wie sich betreffs Deckung gewisser
Ausgaben aus den Einnahmen ganz bestimmte
Grundregeln überhaupt schwer aufstellen ließen.
In noch größere finanzielle Verlegenheiten wären
wir jedenfalls gerathen, wenn wir die Eisen-
bahnen nicht verstaatlicht hätten. (Rickt:
Grafenmacherei!) Auch an Sekundärbahnen
wäre dann nicht so viel gebaut worden, sei doch
die thüringische Bahn die einzige gewesen,
welche zur Zeit vor der Verstaatlichung Neben-
bahnen gebaut hat.

triebsmitteln für die bereits bestehenden Bahnen
in dem Staatshaushaltsplan ausgebracht, und
demgemäß die Mittel zur Befriedigung dieser
Bedürfnisse schrittweise aus den Betriebseinnah-
men der Staatsbahnen beschafft werden.“

Abg. Sattler (nl.) erklärt, in erster Linie
für diesen Antrag stimmen zu wollen.

Abg. Stengel (freikons.) bemerkt, einfach
für denjenigen Antrag stimmen zu wollen, der
zuerst zur Abstimmung kommt.

Abg. Rieckert: Diese Aenderung des Vor-
redners sei bezeichnend für den Werth, den alle
diese Resolutionen hätten. Er selber werde für
keinen der vorliegenden Anträge stimmen. Man
dürfte nicht Beschlüsse fassen, welche unter Um-
ständen nicht für die Regierung bindend, nicht
durchführbar sein könnten. Die Autorität der
Gesetzgebung könne durch solche Beschlüsse nicht
gewinnen. Die Resolution über die Eisenbahn-
verwaltung habe keinen Zweck. Sei schon das
Eisenbahngarantiegesetz nicht inne gehalten wor-
den, so werde die Regierung gegenüber der Macht
der Thatfachen auch sich an die Resolution nicht
strengen halten können. Eine Einwirkung auf die
Minister sei nur bei dem Etat möglich. Um-
merhin ziehe auch er, wenn schon sein müsse,
die Resolution lieber allen übrigen vor.

Bei der Abstimmung wird unter Ablehnung
der von der Kommission beantragten Resolution
die Resolution Dr. Lieber angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzent-
wurfs, betr. die Gewährung einer Staatsrente
(140,000 Mark) für Stollgebührenschädigungen
in der evangelisch-lutherischen Kirche der
Provinz Hannover.

Abg. v. Voß (fr.) beantragte, von einer
kommissionarischen Vorberatung der Vorlage ab-
zusehen, die Abg. Graf Limburg, Dr. Satt-
ler und Bruel schließen sich diesem Antrag an.
Das Haus beschließt die zweite Beratung im
Plenum.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung
ist die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr.
die Geheimhaltung der Ergebnisse der Veran-
lagung zur Einkommensteuer.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (wistonsf.)
bittet um Ablehnung dieses Gesetzes, weil für
dasselbe kein Bedürfnis vorliege und weil es auch
keinen Zweck erfülle, da man wohl auch aus
der Gesamtschätzung der in den Wahlkreisen
ausgeworfenen Steuerbeiträge hinreichende Rück-
sicht auf die Einkommensteuereinschätzung
ziehen kann.

Abg. Seiffardt-Magdeburg (nl.) tritt für
die Vorlage ein, da dieselbe die Erfüllung der
von Finanzminister auf die Interpellation von
Cynern gegebene Zusage enthalte. Allerdings
hätte er noch eine verschärfte Geheimhaltung ge-
wünscht, etwa in der Weise, wie dies die Frank-
furter Handelskammer vorgeschlagen: alphabetische
Angabe der Wähler innerhalb jeder einzelnen der
drei Wahlklassen, lediglich unter Angabe des
Steuermaximums und des Steuerminimums der
betreffenden Klasse. Es liege das namentlich auch
im Interesse des Krediten von Kaufleuten bei
vorübergehenden schlechten Konjunkturen.

Abg. Mooren (Zentr.) meint, im Inter-
esse größter Geheimhaltung von Steuerveran-
lagungen würde es weit mehr liegen, bei der
Zustellung von Veranlagungen vorzugehen zu
sein, dieselbe möglichst überall durch Konverten zu
bewirken, aber er lege auf diese ganze Geheim-
haltungsfrage überhaupt keinen Werth. In nicht
seltenen Fällen sei die Aufdeckung von Wahlkreis-
geometrien gerade erst dadurch gelungen, daß die
öffentliche Meinung gerade durch die Steuerlisten
auf dieselben aufmerksam gemacht sei. Er halte
es für das Wichtigste, dem Gesetze einfach ein
stilles Begräbniß zu Theil werden zu lassen.

Minister Hertwich macht dem gegen-
über geltend, daß ja bei dem Einkommensteuer-
gesetz das Haus selber die Geheimhaltung der
Steuerveranlagungen beschlossen habe. Wollte
man heute in dem Sinne des Vorredners han-
deln, würde das Haus sich mit seinen eigenen
früheren Beschlüssen in Widerspruch setzen. Die
Regierung habe sich ebenfalls nach dem vorjäh-
rigen Beschlusse des Hauses richten müssen und
glaube mit der Vorlage die Mitte getroffen zu
haben. Denn so weit wie Seiffardt es verlange,
könne man andererseits nicht gehen, da bei einer
so weit getriebenen Geheimhaltung den Wählern
jede Kontrolle über die Richtigkeit der Wahlkreis-
aufstellung genommen werde. Er bitte deswegen,
die Vorlage unverändert anzunehmen.

Abg. v. Schalscha (Zentr.), im Wesent-
lichen den Ausführungen des Ministers zustim-
mend, hält es im Gegensatz zu seinem Fraktions-
genossen Mooren gleichfalls für unmöglich,
die Geheimhaltung der Steuerverwaltung ganz fallen
zu lassen. Redner kündigt für die zweite Lesung
einen Antrag an, durch einen Zusatz zu § 69 des
Einkommensteuergesetzes das Publikum gegen mo-
ralische Verunglimpfungen (durch die Veran-
lagungs-Kommunikation) zu schützen. (Weiterer-
einen Antrag an, durch einen Zusatz zu § 69 des
Einkommensteuergesetzes das Publikum gegen mo-
ralische Verunglimpfungen (durch die Veran-
lagungs-Kommunikation) zu schützen. (Weiterer-
einen Antrag an, durch einen Zusatz zu § 69 des
Einkommensteuergesetzes das Publikum gegen mo-
ralische Verunglimpfungen (durch die Veran-
lagungs-Kommunikation) zu schützen. (Weiterer-

Minister Miquel hält letztere Besorgnis
für unbegründet und empfiehlt nochmals das Ge-
setz, welches nach keiner Seite hin berechtigte In-
teressen verletze.

Nach kurzen Bemerkungen wird die Vorlage
an eine Kommission von 14 Mitgliedern ge-
wiesen.

Auf der Tagesordnung steht ferner der An-
trag Neulich-Drave (freik.) betreffend
Regulierung der gutsherrlichen und
bäuerlichen Verhältnisse in Neu-
bormern und Rügen, und zwar zur
zweiten Beratung in der von der Justiz-Kom-
mission vorgeschlagenen Fassung.

Abg. Drave giebt die Erklärung ab, daß
seine Freunde mit dieser Fassung des Gesetzes
einverstanden seien und ihm Bedenken nicht ent-
gegenzusetzen hätten.

Eine ähnliche Erklärung giebt Abg. Kne-
bel namens der Nationalliberalen ab, worauf der
Gesetzentwurf mit einer redaktionellen Aenderung
angenommen wird.

Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. Zweite

Lesung der schleswig-holstein. Landgemeinbeor-
dnung und dritte Lesung der Vergesetzungs-
Schluß 3/4 Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 10. Mai. Die Anlage einer
Rampe an der Wasserseite des königlichen
Schlosses in dessen ganzer Länge von der Kaiser
Wilhelm-Brücke bis zur Langen Brücke ist vor
einigen Tagen endgültig beschlossen worden. Der
Bau wird bereits innerhalb der allernächsten Zeit
in Angriff genommen werden.

Se. Majestät wird, dem Vernehmen nach,
am 13. d. M., Nachmittags, bald nach 1 Uhr
Berlin verlassen, um seine Reise nach Stettin
anzutreten.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr
von Köller, begiebt sich Donnerstag Abend nach
Stettin, um bei dem von dem pommerischen
Provinziallandtag dem Kaiserpaare gegebenen
Feste die Honneurs zu machen. Scimabend
Nachmittags kehrt Herr von Köller wieder nach
Berlin zurück.

Wie verlautet, legt die Regierung darauf
Werth, daß die Landtagssession vor Pfingsten ge-
schlossen wird.

Die Meldung, der Hausminister von Webe-
riesdorf werde demissioniren, wird jetzt positiv
bemerkt.

Wie wir schon gemeldet haben, hat die
Kommission des Deutschen Apothekervereins für
das Arzneibuch ihre Arbeiten wieder aufgenom-
men. Diese Kommission unterwirft, wie die
„Apotheker-Zeitung“ mittheilt, das jetzt gültige
Arzneibuch einer genauen Revision, um etwaige
Mängel desselben aufzufinden und Wege zu deren
Abhilfe ausfindig zu machen. Neben dieser
Arbeit wird darauf Bedacht genommen werden,
Prüfungsbedingungen für diejenigen Drogen- und
Präparate auszuarbeiten, für die solche bisher
nicht oder in unzureichender Weise vorhanden sind.
Es sei in dieser Beziehung auf die galenischen
Präparate hingewiesen, deren Bezug im fertigen
Zustande seitens der Apotheker immer mehr zu-
nimmt, ohne daß demselben eine ausreichende
Kontrolle seiner Präparate möglich ist. Sobald
hat die Kommission die Aufgabe, über neu auf-
tauchende Mittel zu referiren und Prüfungsbe-
dingungen für solche auszuarbeiten. Es erscheint
dieses nicht nur für solche Sachen, die nur
kurze Zeit im Gebrauch bleiben und voraus-
sichtlich nicht Aufnahme in einer neuen Aus-
gabe des Arzneibuches finden werden, da dadurch
der Apotheker in den Stand gesetzt wird, aus
solchen Mittel ordnungsmäßig kontrolliren zu
können.

Bei der Schuttruppe für Deutsch-
Afrika ist Herr v. Mantuffel, Major a. D.,
zuletzt Vize-Kommandeur im 1. Garde-Regt., zu
Fuß, zum Oberführer der Schuttruppe in Deutsch-
Afrika ernannt. Dr. Stenel, Assist.-Arzt
1. Kl. a. D., zum Stabsarzt a. D., Dr. Kuntz,
Assist.-Arzt 2. Kl. a. D., zum Assist.-Arzt 1.
Kl. a. D. — befördert.

Aus dem neuen Krankenversicherungsgesetz
find nicht bloß den Krankenkassen neue Rechte
und Pflichten erwachsen, sondern auch den Ver-
sicherungsgenossen und den Versicherungsanstalten
für Invaliditäts- und Altersversicherung. Die
beiden letzteren Organe können zum Zweck der
Ermittelung der von ihren Mitgliedern bzw. den
Arbeitgebern ihres Bezirkes beschafften Ver-
sicherungen sowie deren Beschäftigungszeit und Lohn-
höhe durch Beauftragte von den Büchern und
Listen der Krankenkassen Einsicht nehmen lassen.
Die Versicherungsgenossen sind ferner berechtigt,
in Erkrankungsfällen, welche durch Unfall herbe-
geführt werden, das Verbleiben auf ihre
Kosten zu übernehmen. Auf sie geht dann zwar
vom Tage der Uebernahme an der Anspruch des
Kranken auf Krankengeld über, sie haben aber
auch alle Verpflichtungen zu erfüllen, welche sonst
den Krankenkassen gegenüber dem Erkrankten ob-
liegen. Es ist ersichtlich, daß namentlich diese
zweite, die Versicherungsgenossen allein angehende
Neuerung eine wichtige materielle Aenderung des
bisherigen Zustandes bedeutet. Die Versiche-
rungsgenossen haben, um nicht durch zu große
und zu lang andauernde Renten belastet zu wer-
den, ein großes Interesse daran, die durch Unfall
erkrankten Versicherten möglichst bald und mög-
lichst vollständig geheilt zu sehen. Sie werden
deshalb zu ihrem eigenen Nutzen operiren, wenn
sie von dieser ihnen nach dem neuen Krankenver-
sicherungsgesetz vom 1. Januar 1893 ab zufließen-
den Ermächtigung möglichst umfassenden Gebrauch
machen. Es empfiehlt sich, daß dabei von den Ver-
sicherungsgenossen ein möglichst einheitliches
Verfahren gegenüber den Krankenkassen einge-
halten wird. Ein solches Verbleiben einzuführen,
dürfte wohl die Aufgabe des für die Mitte Juni nach
Hamburg berufenen Versicherungsgesetzestages
sein, auf dessen Tagesordnung ein diese Frage
behandelnder Gegenstand gesetzt ist.

Bei Beratung des Antrages wegen der
Pläne zur Umgestaltung der Umgebungen des
Schlosses im preussischen Abgeordnetenhause ist
auch die Frage aufgeworfen, ob zur Abtretung
desjenigen städtischen Grundstücks, auf welchem
das Helmsche Restaurationsgebäude sich befindet,
zwecks Freilegung der Schlossfreiheit die Ge-
nehmigung des Landtags notwendig sei. Die
Frage ist zu verneinen. Es handelt sich um ein
Grundstück, welches nach seiner Lage zur dauernden
Bebauung aus öffentlichen Rücksichten, namentlich
solchen des Verkehrs, weder geeignet noch bestimmt
ist und auch zur Zeit nur zu einem kleinen
Theile mit Gebäuden nicht dauernden Charakters
besetzt ist. Es entspricht der Zweckbestimmung
des Grundstücks, wie seiner Lage durchaus, wenn
seine Oberfläche den öffentlichen Interessen voll-
ständig dienbar gemacht wird. Wenn überdies
das Eigentum des Grundstücks dem Staate mit
der Maßgabe vorbehalten wird, daß derselbe volle
Verfügung zu privatwirtschaftlicher Verwertung
wiedererhält, sobald es nicht mehr Theil einer
städtischen Straßenanlage bildet, wird der Ver-
waltung die Befugnis nicht bestritten werden kön-
nen, auch ohne Ermächtigung durch den Landtag
jenes Grundstück für die städtische Straßenanlage
zur Verfügung zu stellen.

Spandau, 10. Mai. (W. T. B.) Se.
Majestät der Kaiser wohnte heute Vormittags von
9—12 Uhr auf dem hiesigen Exerzierplatze mit
großem militärischen Gefolge den Bataillonsvor-
stellungen des 4. Garde-Regiments a. F. bei.
Nach Beendigung derselben ritt Allerhöchster-
selbe an der Spitze des Regiments in die Stadt

zurück und folgte einer Einladung des Offizier-
korps des Regiments zum Frühstück im Offizier-
Kasino.

Bremen, 10. Mai. Der neue französische
Stahldampfer „Chili“, 3527 Tonnen, ist laut
einer Privatbesprechung der „Weser-Zeitung“ bei
Talschano in Chile verloren gegangen. Die
sämmlichen Passagiere und Mannschaften wurden
gerettet.

Essen a. d. Ruhr, 10. Mai. (W. T. B.)
Wie die „Rhein-Westfäl. Zeitung“ meldet, ist der
Generalsekretär des Bergbauvereins des Ober-
bergamtes Dortmund, Dr. Reismann, nach
Nord-England abgereist, um die Bergarbeiterver-
hältnisse im Durham Bezirk und die etwaige
Einwirkung des dortigen Streiks auf Deutsch-
land an Ort und Stelle zu studiren.

Vom Rheinländer, 10. Mai, Nachmittags
3 Uhr. (W. T. B.) Soeben hat der feierliche
Akt der Grundsteinlegung zum Kaiser Wilhelm-
Denkmal stattgefunden. Nachdem der Protektor
Fürst zu Schwarburg-Rudolstadt bei seinem Er-
scheinen vom Generalleutnant z. D. v. Reuth,
Vorsitzenden des Denkmal-Ausschusses empfangen
worden war, begann die Feier mit dem Gesänge
„Friedrich Rothbart“, der Feste der Schrift-
führers Dr. Westphal und der Verlesung der
Urkunde. Hierauf wurde unter den Klängen des
Gesanges „Deutscher Schwur“ die Urkunde in
den Urkundenkasten und mit diesem in den
Grundstein eingetauscht und dieser unter den üb-
lichen Hammerschlägen geschlossen, welche zuerst
der Fürst zu Schwarburg-Rudolstadt that, auf
welchen die Ehrengäste, Ausschussmitglieder,
Deputationen, der Denkmalbaumeister Bruno
Schmidt, Bauführer und Vermeister folgten.
Der Fürst zu Schwarburg-Rudolstadt gedachte
in seiner Ansprache der nationalen Bedeutung
des Denkmals und des Kaisers, dessen Andenken
dasselbe gewidmet sei, und schloß mit einem Hoch
auf Se. Majestät den Kaiser Wilhelm II., in
welches die zahlreichen Anwesenden dreimal be-
geistert einstimmten. Nach der Weiherede des
Oberpfarrers Jesse und dem Segen schloß der
Choral „Lobe den Herren“ die erhabene patrio-
tische Feier. Der Festplatz bot ein herrliches
farbenprächtiges Bild mit den vielen Fahnen, den
männigfaltigen Uniformen, dem feierlichen Schmuck
besonders am kaiserlichen Pavillon. Alles im-
mitteln des frühen Abendglaubens. Die bei den
Terraingebäuden besonders schwierigen An-
ordnungen waren musterhaft, um dieselben
hat sich der Vorsitzende des Festaus-
schusses, Dr. Dindelsberg, besonders verdient
gemacht.

München, 10. Mai. Die Landtagssitzung
ist bis zum 28. Mai verlängert worden. Die
letzte Sitzung wird am 25. Mai sein. Der feier-
liche Schluß des Landtages wird am 28. Mai
stattfinden.

Der Prozeß des bei dem Rübemooser Eisen-
bahnunglück schwer verletzten Labenburger ist be-
glichen worden. Labenburger erhält auf Lebens-
zeit eine Jahresrente von 5200 Mark. Beim
früheren Ableben Labenburgers blieben die An-
sprüche der Witwe und der Kinder gewahrt.
Labenburger verzichtete auf einen einmaligen
Schadenersatz von 36,000 Mark. Sämmtliche
Kosten trägt der Fiskus.

München, 10. Mai. (W. T. B.) Kam-
mer der Abgeordneten. Bei der Beratung von
Petitionen betreffend die Reform der Haus- und
Grundsteuer erklärte der Finanzminister von
Riebel, eine Aenderung der Steuerlegislation
ohne eine Aenderung des Systems sei unthunlich;
ohne einen direkten Impuls der Kammer werde
die Regierung auf ihre frühere, vom Landtage ab-
gelehnte Neuregelung der gesamten Steuer-
systems einschließlich der Einkommensteuer nicht
zurückkommen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. Mai. Ein zehnjähriger Knabe
wurde bei der Verbreitung anarchistischer Flug-
schriften in der Umgebung der Linzer Kaserne er-
griffen.

Wien, 10. Mai. (W. T. B.) Das
Abgeordnetenhause hat heute die Beratung der
Vorlage über die Wiener Verkehrsanlagen be-
gonnen.

Pest, 10. Mai. (W. T. B.) Das
„Antesblat“ schreibt anlässlich des Ablebens
des Handelsministers Baross: „Ungarn verlor in
Baross einen wahren Staatsmann, welcher dem
ungarischen Namen durch die Macht erfolgreicher
Thaten Anerkennung verschafft; ein glänzender
Stern des konstitutionellen Lebens ist mit ihm
untergegangen.“ Der feierliche Generalkonfult
Krisztich sprach der hiesigen Regierung anlässlich
des Todes des Ministers Baross das Beileid der
hiesigen Regierung aus.

Pest, 10. Mai. (W. T. B.) Das Abge-
ordnetenhause beschloß auf den Antrag des Mi-
nisterpräsidenten Grafen Szapary, daß die Ver-
eignung des Handelsministers Baross auf Staats-
kosten stattfinden solle. Das Haus wird sich an
demselben in corpore betheiligen.

Schweiz.

Bern, 10. Mai. Einem vom Institut für
internationales Recht ausgedrückten Wünsche
folgte gehend, hat sich der schweizerische Bundes-
rath bereit erklärt, unter Umständen die nöthi-
gen diplomatischen Schritte zu thun zur Grün-
dung einer internationalen Union, welche zum
Zweck haben soll, sämmtliche Verträge und
Uebereinkünfte, welche zwischen den verschiedenen
Staaten abgeschlossen werden, zu veröffentlichen.

Frankreich.

Paris, 10. Mai. Die Polizei befürchtet
erneute Explosionen und verdoppelt ihre Wach-
samkeit.

Vanden Junger Leute durchziehen Journees,
von den Genarmen scharf beobachtet. Man be-
fürchtet den Ausbruch von Unordnungen.

Italien.

Rom, 9. Mai. Auf einer Wiese in der
Nähe der Station Ciampino bei Rom sind 16
Dynamitpatronen und eine verlorene Kiste ge-
funden worden. Der Thatsache ist ein vor-
einem Monate entlassener Arbeiter, der in den
letzten Tagen Zeichen von Wahnsinn zeigte und
gestern in der Nähe der Station gesehen worden
ist. Man ist ihm auf der Spur.

Rom, 10. Mai. (W. T. B.) Der Kö-
nig konferrirte heute Vormittags mit di Rubini
und wird Nachmittags Brin empfangen. Es ge-

winnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit, daß
Giulitti mit der Bildung des neuen Kabinetts be-
auftragt werden wird.

Liborno, 10. Mai. Auf den Treppentritten
des Abellastinos plagierte eine Dynamitpatrone.
Zwölf Personen sind verhaftet.

Großbritannien und Irland.

Das Postamt erklärt, daß die Königin
in guter Gesundheit nach England zurückgekehrt
ist. „Während des Besuchs ihrer theuren Entfel-
der in Darmstadt war Ihre Majestät der
Gegenstand des tiefsten und ehrerbietigsten
Empfanges seitens aller Klassen.“ Die Königin
erfreut sich in der That vorzüglichster Gesundheit.
Sie hat selbst erklärt: „Ich weiß nicht, wann ich
mich wohl befinden habe.“ Im St. James-
Palast wurde am 4. d. der erste Herren-Empfang
in dieser Saison abgehalten. Da der Prinz von
Wales wegen des Ablebens seines ältesten Sohnes
seine Zurückgezogenheit einstweilen noch zu wahren
wünscht, so vertrat der Herzog von Edinburgh die
Königin. Sein Bruder, der Herzog von Connaught,
befand sich an seiner Seite.

Der Fall des Rubini-Kabinetts hat hier be-
sah so wenig Beachtung gefunden, weil man die
seine Ueberzeugung hegt, daß weder die auswärtige
Politik, noch die Wehrkraft Italiens durch die
Krise beeinträchtigt werden kann. Die Presseorgane
äußern sich daher in sehr gemäßigtem Tone: „Man
kann Italien das Beileid nicht verjagen, denn
als eine Macht zweiten Ranges sei es genöthigt,
seine Wehrkraft auf der Höhe ersten Ranges zu
erhalten und habe sich dadurch in finanzielle
Schwierigkeiten geführt, die auch ohne Zweifel
die Krise herbeigeführt hätten. Diese durch die
Verhältnisse erforderten tiefen-Ausgaben für
die Armee und Flotte seien zwar vom ökonomischen
Standpunkt beklagenswerth, andererseits könne
Italien nicht ein Kriegsgeld, nicht ein Baillou
des gegenwärtigen Etats entbehren, wenn es seine
Existenz nicht aufs Spiel setzen wolle.“ So
äußert sich die „St. James-Gazette“. Der
„Standard“ enthält sich jeder Meinung und
erklärt nur laconisch: „Die Opposition werde sich
nicht lange ihres Sieges freuen können, da ja
dieselben Schwierigkeiten, welche das Rubini-
Kabinet stützten, auch dem neuen Regime im
Wege stehen würden.“

Die förmliche Inthronisierung Dr. Paughans,
des neuen Erzbischofs von Westminster, wird
nächsten (Sonntag) mit allem Glanz vor sich gehen.
Alle 15 Suffraganbischöfe der Erzdiözese werden
der Zeremonie beiwohnen. Von Dublin wird Er-
zbischof Welfh hinfürkommen und der General-
vikar Gilbert wird die Inthronisierungsakte ver-
lesen. Am folgenden Dienstag wird Erzbischof
Paughans die Bischöfe, Geistlichkeit und die her-
vorragenden Laien empfangen. Der Londoner Be-
richterstatter des „Manchester Courier“ weiß zu
melden, daß dem neuen Erzbischof im nächsten
Monat schon der Kardinalshut zu Theil werden wird.

Der Kriegsminister Mr. Stanhope ist in
einem heftigen Gichtanfall erkrankt. Derselbe wird
sich zur Kur nach dem französischen Badeort Ar-
les-Bains begeben und wahrscheinlich 2—3 Wochen
dort verweilen.

Die Admiralität will 40—50,000 Pfir. ver-
wenden, um das Panzerschiff „Agincourt“ wieder
in Stand zu setzen.

Für den Stationsvorsteher Mr. Hoob, der
wegen seiner Aussagen vor der parlamentarischen
Kommission von den Direktoren der Cambrian
Railway Company entlassen wurde, was diesen
Herrn einen Verweis wegen Verletzung der Parla-
ments-Privilegien eintrug, ist von Mitgliedern
des Unterhauses ein Unterstufungsfonds gesammelt
worden. Derselbe ist jetzt auf 210 Pfir. ange-
wachsen und wird Mr. Hoob am nächsten Freitag
im Westminster-Palace-Hotel überreicht werden.

Die Arbeitssperre der Baumwollspinnereien
in Lancashire ist nun thatsächlich beendet. Das
Gesetz-Komitee des verschmolzenen Vereins von
Baumwollspinnereiarbeitern beschloß gestern in
einer zu Manchester abgehaltenen Versammlung,
das am vorhergehenden Tage auf der Konferenz
von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter be-
trübnisse Uebereinkommen zu ratifiziren. Am selben
Nachmittags fand ebenfalls eine zahlreich be-
suchte Versammlung des Bundes der Baumwoll-
spinnereibesitzer statt, in welcher über die Bedin-
gungen des sofortigen Arbeitsantritts äußerst leb-
haft debattirt wurde. Obgleich eine größere An-
zahl von Spinnereibesitzern gegen das Ueberein-
kommen vom vorhergehenden Tage heftige Oppo-
sition kundgab, wurde es schließlich, nachdem die
Vertreter dasselbe näher begründet, einstimmig
genehmigt. Die Versammlungen der Arbeitgeber
und der Arbeiter tauschen alsdann die Resultate
ihrer Verhandlungen in Briefen aus. Die
Spinnerei soll in den bisher gesperrten Distrik-
ten, wie jetzt endgültig bestimmt ist, am Montag
wieder beginnen, doch wird der Gewerkeverein
fortfahren, von seinen Mitgliedern wöchentlich je
2 Sch. zu erheben.

London, 10. Mai. Die Vorbereitungen der
Parteien Englands zum nächsten Wahlfestzuge
spielen sich immer offener auf ein einziges Ob-
jekt: die irische Home-rule, zu. Gladstone und
seine Leute sind entschlossen, um jeden Preis die
legislatorische Lösung Irlands aus dem staats-
rechtlichen Verhältnisse mit Großbritannien durch-
zuführen; daß hiermit ein für das ewigkeits-
schicksal des britischen Reiches verhängnisvolles
Präjudiz geschaffen werden muß, kommt für
keinen der beiden Parteien in Betracht. Die Massen,
welche auf Gladstone schwören, sind tief überzeugt,
daß das irische Selbstbestimmungsrecht von England die
Quelle alles Uebels ist, und daß, wenn nur erst
einmal Irland auf eigene Füße gestellt sein wird,
auch ihre eigene Befreiungskunde sehr bald
schlagen müsse. Die englischen Konservativen
sagen, was in ihren Kräften steht, etwaigen Un-
besonnenheiten der Wähler vorzubeugen, natürlich
sind ihre Mittel und Wege zur Aufklärung der
öffentlichen Meinung viel beschränkter, als die
Mittel der Gegner zur Hintanhaltung eines
solchen Lösungsprozesses. Aus einer Aeußerung
Lord Salisbury's beim letzten Primrosebankett
am vorigen Freitag scheint hervorzugehen, daß
die liberale Partei fest entschlossen ist, wenn
die Liberalen im nächsten Wahlkampf siegen sol-
ten, den Kampf gegen Home-rule in das Ober-
haus zu verlegen und von dieser starken Position
aus die Verhinderung der Gegner, das irische
Home-rule als Wunsch der Mehrheit des englischen
Volkes anzugeben, anzusehen.

London, 10. Mai. In einem Leitartikel
über die italienische Ministerkrise äußerte sich

Die „Times“ haben, daß nichts das ungewöhnliche Fieber und Grippe, 1 an Schindelfieber, 1 an anderer entzündlicher Krankheit, 1 an anderer chronischer Krankheit. Von den Erwachsenen starben 4 an Schindelfieber, 4 an Krebskrankheiten, 4 an anderen chronischen Krankheiten, 3 an Altersschwäche, 3 an anderen entzündlichen Krankheiten, 3 an Entzündung des Brustfelles, der Luftröhre und Lungen, 2 an organischen Herzkrankheiten, 2 an Schlagfluß, 2 in Folge von Unglücksfällen, 1 an fahrlässiger Fieber und Grippe, 1 an Entzündung des Unterleibs, 1 an Gehirnkrankheit.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 10. Mai. (W. T. B.) In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurden die für untergeordnete Umstände, insbesondere für den Fall eines Krieges, verfassungsmäßig ins Budget einzustellenden Beträge von 1 1/2 resp. 3 Millionen Kronen auf 2 1/2 resp. 5 Millionen Kronen erhöht.

England.

Petersburg, 10. Mai. (W. T. B.) Die „Nordische Telegraphen-Agentur“ bestätigt die schwere Erkrankung des Stadthauptmanns Generalleutnants Greiser an alter Entzündung der subcutanen Zellenhaut beider Beine. Verjährlich der Krankheitsgeschichte erzählt man sich, Greiser habe sich subcutane Einspritzungen mit einem „Vitalin“ genannten Heilmittel machen lassen, wobei ihm durch einen unglücklichen Zufall — es ist, die Spritze sei nicht rein gewesen — irgend ein fremder Stoff beigebracht worden sei. Das „Vitalin“ selbst solle nach der Erklärung seines Erfinders, des Ingenieurs Gotschowsky, lediglich aus Borax und Glycerin bestehen und bei verschiedenen Personen bereits heilsam gewirkt haben.

Petersburg, 10. Mai. (W. T. B.) Der Zustand des Stadthauptmanns Greiser ist sehr gefährlich, da sich die Entzündung weiter ausbreitet und sich zahlreiche gangränöse Stellen gebildet haben. Eine chemische Untersuchung des Vitalin hatte das Vorhandensein von Borax und Glycerin in demselben bestätigt.

Petersburg, 10. Mai. (W. T. B.) Die heute veröffentlichte Nummer der Gesetzsammlung enthält eine Verordnung wegen Erhöhung der Pension für die Professoren einiger höherer Lehranstalten, darunter für diejenigen Professoren der Vorparter Universität, welche ihre Vorlesungen in russischer Sprache halten.

Der „Monopol“ zufolge ist ein Konsortium russischer Kapitalisten und Nobilitäten zusammengetreten, welches sich offiziell um die Konzeption zum Bau und zum Betrieb der sibirischen Eisenbahn bewirbt.

Petersburg, 10. Mai. (W. T. B.) Aus Kurek und Tambow wird über Vangel an Regen geflagt.

Türkei.

Konstantinopel, 10. Mai. (W. T. B.) In dem Prozesse gegen die Mörder des Dr. Bulow wurde heute das Urteil gefällt. Die Angeklagten Merdjan und Christos wurden des vorläufigen Mordes schuldig erkannt und zum Tode verurteilt. Nadum und Nicolas Iusefseff wurden als Anstifter des Verbrechens in contumaciam mit 15 Jahren Zwangsarbeit bestraft.

Amerika.

New York, 10. Mai. (W. T. B.) Nach einem Telegramm des „New York Herald“ aus Caracas hat bei Vespere ein Kampf zwischen 400 Mann der Regierungstruppen, welche eine Abtheilung Ingenieure begleiteten, und 300 Insurgenten stattgefunden. Die letzteren mußten sich unter Verlust von etwa 100 Mann, welche todt oder verwundet auf dem Platze blieben, zurückziehen. Der Verlust der Regierungstruppen wird auf 25 Tode und 13 Verwundete angegeben.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 11. Mai. Am Sonnabend, den 14. d. M., findet auf dem Platze neben Fort Preußen die Eröffnung des diesjährigen 17. großen Stettiner Pferdemarktes statt, der bis einschließend den 17. Mai, an welchem letztem Tage die Ziehung der Lotterie vorgenommen wird, währt. Diese Lotterie, die größte der Welt, in welcher 150 hochbelle und edle Reit- und Wagenpferde, sowie 10 Equipagen, darunter zwei Vierpänner, und außerdem noch viele goldene und silberne Drei- und Vierer-Medaillen und silberne hippologische Münzen neben Reitstücken, Zaumzeugen, Jagdgewehren, Reitutensilien u. v. w. zur Verlosung gelangen, hat sich ausserordentlich der Gunst des Publikums zu erfreuen und sind in Folge der starken Nachfrage die Lose schon so weit abgesetzt, daß dieselben voraussichtlich auf dem Marktplatze wie auch in früheren Jahren von ingenieurischen Händlern mit Aufgeld verkauft werden dürften. Im Generalbebit des Herrn Hof. Th. Schröder, hier, Schulzenstraße 32 sind dieselben noch soweit der Vorrath reicht mit 1 Mark das Stück zu haben und wird das Geschäft desselben der nahe bevorstehenden Ziehung wegen heute am Vor- und Vortage mit Ausnahme der Kirchengasse bis Abends 7 Uhr geöffnet bleiben.

* Wie wir erfahren, wird bei den Festspielen, an welchen Ihre Majestäten theilnehmen, am Schlusse des Mahles am Allerhöchsten Wunsch Fischbraten geschenkt. Die Fische sind dem General-Vertreter für Pommern Herrn W. Bernitzki hierher geliefert.

— **Zentralhallen-Theater.** Herr Direktor Stein hat zur Feier der Ankunft S. Majestät des Kaisers und der Kaiserin einen Festprolog mit sechs lebenden Bild u. geschrieben, der auch von ihm selbst vorgelesen wird. Der Festprolog kommt am Donnerstag zur Aufführung und betitelt sich „Festzug an Deutschlands Heidenhöfen“ und giebt uns in Wort und Bild die schmerz- und freudreichen Tage des französischen Krieges wieder. Herr Direktor Stein hat für den von ihm verfassten Festprolog von höchster und allerhöchster Seite, z. B. Sr. Maj. dem Kaiser Wilhelm, Kaiser Friedrich, dem König von Württemberg, König von Baiern, Fürst Bismarck, Feldmarschall Graf Moltke u. f. w. eine Reihe höchst ehrenvoller Anerkennungen erhalten. Außerdem gelangt zur Aufführung das bereits mit großem Beifall aufgeführte Lustspiel „Dreimal verheiratet“ und der Einakter „Kunstmaler und Pflanze“. Herr Direktor Stein wird an diesem Abend in beiden Stücken selbst mitwirken.

* In der Zeit vom 1. Mai bis zum 7. Mai d. J. sind hierher 22 männliche und 36 weibliche, in Summa 58 Personen politisch als verstorben gemeldet, darunter 6 Kinder unter 5 und 19 Personen über 50 Jahre. Von den Kindern starben 5 an Krämpfen und Krampfschmerzen, 5 an Entzündung des Brustfelles, der Luftröhre und Lungen, 4 an Lebensschwäche bald nach der Geburt, 4 an Gehirnkrankheiten, 3 an Abzehrung, 3 an Durchfall und Brechdurchfall, 1 an fahrlässiger

schon Kurze ersten Wanges. Keine Industrie fiert hier den Verkehr und Aufenthalt der Gäste. Sanderode wird seit vielen Jahren auch schon in der Frühjahrszeit sehr gern von Kurgästen, Sommerfrischlern und Touristen aufgesucht. Mittlere Tagestemperatur 14,2 Grad Reaumur. Windrichtung vorherrschend weilt mit wechselnder Richtung nach Südwesten und Süden. Der Charakter als Bad erhält Sanderode durch seine abgekühlte Seequelle („Berliner Brunnen“), deren Wasser mit bestem Erfolge zu Trinken und Bädern verwendet wird. — Außerdem Pipiten, nabelbühler, Schwefelbäder, Kaltwasserbäder, Douche, vollkommene Anwendung des Kaltwasserbeibrärens, sowie sämtliche Arten medizinischer Bäder; Milch- und Mollenkur und Massage. Drei tüchtige Badeärzte. Eine neue Apotheke für die Dauer der Saison befindet sich am Sanderodersee. — Trotz seines ländlichen Charakters bietet Sanderode doch in seinen Hotels und Privathäusern im weit nördlichen Stil mit Balkons den nötigen Komfort. Tägliche Kurkonzerte und musikalische Reunions. Die Preise sind durchaus sehr mäßig. Für die Aufschreibung von Ansichts- und genauer Beschreibung der Wege, Anbringung von Wegweiser, Verbesserung von Kurortenwegen u. s. f. sorgt sehr der hiesige Zweigverein des Harzklubs. Frequenz ca. 4000 Kurgäste. In den vielen hiesigen Privathäusern und den Hotels sind Wohnungen je nach ihrer Lage und Beschaffenheit in verschiedenen Preislagen genugsam vorhanden. Die Badeverwaltung ertheilt gern auf Wunsch nähere Auskunft und versendet Prospekte gratis.

— Es ist im Gefolge der ersten Steuerdeklarationen nach dem neuen Einkommensteuergesetz mehrfach vorgekommen, daß die Veranlagung der Deklaranten wesentlich höher ausgefallen ist, als die Steuerpflichtigen sich selbst „nach bestem Wissen und Gewissen“ eingeschätzt hatten. So ist ein Fall bekannt, wo ein Gewerbetreibender sein Gesamteinkommen auf ca. 6500 Mark deklarirte, und die Kommission dann ihn auf über 10,000 Mark veranlagte. Eine derartige höhere Taxierung seitens der Kommission ist, um mehrfach geäußerten irigen Anschauungen entgegenzutreten, nach dem neuen Steuergesetz durchaus zulässig. Das Gesetz geht davon aus, daß auch, wenn keinerlei Mittheilung vorliegt, doch der Steuerpflichtige bei seiner Steuererklärung sich von Mittheilungen leiten lassen kann über die nach dem Gesetz anzunehmenden Veranlagungssummen. Mit einem Wort, der Gesetzgeber bezweifelt, ob das Wissen des Steuerpflichtigen sich deckt mit dem Inhalt des Gesetzes. Aber immerhin enthält das Steuergesetz die bestimmte Vorschrift, daß die Veranlagungskommission, wenn sie der Steuererklärung nicht Folge geben will, vor der Veranlagung den Steuerpflichtigen hierüber unter Mittheilung der Gründe mit der Aufforderung Kenntniß giebt, sich binnen einer Frist von zwei Wochen über diese Gründe oder bestimmte an sie gestellte Fragen zu erklären. Inzwischen ist die Zeit herangerückt, in welcher es darauf ankommt, gegen eine unrichtige Veranlagung Verurteilung an die Veranlagungskommission einzulegen. Da herrscht unter den Steuerpflichtigen vielfach Zweifel darüber, ob sie in solchem Falle verpflichtet sind, vor der Veranlagungskommission ihre Geschäftsbücher aufzulegen. Im Allgemeinen hat der Steuerpflichtige auch der Veranlagungskommission gegenüber keine anderen gesetzlichen Verpflichtungen, als gegenüber der Veranlagungskommission, die Rechte der Veranlagungskommission in Bezug auf Ermittlung des Einkommens gehen nur in einem Punkte weiter, als die Rechte der Veranlagungskommission. Beide Kommissionen können über die Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen Zeugen und Sachverständige vernehmen, aber eine eideschwörende Vernehmung zu verfügen, ist nur die Veranlagungskommission berechtigt. Der Steuerpflichtige selbst kann weder eidlich, noch eideschwörend vernommen werden. Eine Vorlage der Bücher kann sowohl die Veranlagungskommission, wie die Veranlagungskommission verlangen; aber der Steuerpflichtige ist weder in dem einen, noch in dem anderen Falle verpflichtet, einer solchen Aufforderung nachzukommen. Die Abweisung einer solchen Vorlage berechtigt an sich weder die eine noch die andere Kommission, nimmern der Steuerpflichtigen nach Gutdünken einzuschätzen. In der Ausführungsanweisung ist ausdrücklich vorgeschrieben, daß, wenn es sich um die Einkommensverhältnisse von Handlungsgehilfen handelt, in der Regel nur ein einziges Mitglied der Veranlagungskommission mit dieser Einkommensverhältnisse zu betheiligen ist. Die Veranlagung gegen die Steuerdeklaration kann in der Ausnahmefälle von 28 Tagen nach Zustellung der Veranlagung eingeleitet werden. Die Veranlagung ist einzulegen bei dem Vorliegenden der Veranlagungskommission. — Nach dem früheren Einkommensteuergesetz war mit der Entscheidung der Veranlagungskommission oder Bezirkskommission für Personen mit einem Einkommen von über 3000 Mark die Veranlagung entschieden und stand ein weiteres Rechtsmittel nicht zur Verfügung. Nach dem neuen Gesetz ist gegen die Entscheidung der Veranlagungskommission noch die Beschwerde an das Obergericht eingelegt zulässig. Dieselbe kann aber nur begründet werden auf eine falsche Anwendung des Gesetzes oder der Ausführungsanweisungen oder auf erhebliche Mängel des Verfahrens. Neue Beweishebungen über die Höhe des Einkommens sind also vor dem Obergericht ausgeschlossen.

Aus den Provinzen.

Greifenberg, 9. Mai. Der Vaterländische Frauen-Verein hat Herrn Dr. Caspar bezogen, einen Kursus für freiwillige Krankenpflege abzuhalten, und können Frauen und Jungfrauen aus Stadt und Land, die an diesem Kursus theilnehmen wollen, sich am Sonnabend, den 14. d. M., Nachmittags 3 Uhr, im Saale des hiesigen Kreishauses einfinden. — Wie uns mitgetheilt wird, wurden in der vergangenen Woche an unserer Küste bei Rostock 2 Seemühen gefangen, von denen der kleinste über 70 Pfund wog, und ebenfalls ein Lämmer im Gewicht von 1 1/2 Zentner, der ca. 14 Liter Thran lieferte. Störche, die in diesem Jahre wenig vorkommen, wurden 3 gefangen, von denen der größte 190 Pfund wog. — Dem Kreisabends-Verein ist auf seinen Geburtsstags-Gelächter an den Fürsten Bismarck von demselben ein Dankschreiben zugegangen. — Vom Herrn Oberpräsidenten sind die Herren von Thadden auf Trielaff, Goltz auf Schwesow, v. Elbe auf Carnitz, Kammerherr v. Arnim auf Rottow und Baron v. Wittersdorf auf Wolchow auf fernere 6 Jahre zu Amtsverwaltern ernannt.

— **Rügenwalde, 9. Mai.** Für das Etatsjahr 1892-93 werden hierher 170 Prozent Zuschlag zur Gemeindefiskal-Einkommensteuer erhoben, es ist dies gegen das Vorjahr eine Ermäßigung von 10 Prozent.

— **Stolp, 10. Mai.** In noch nicht vollendetem 50. Lebensjahre verstarb in gestriger Nacht plötzlich am Herzschlag der Superintendent und Pastor prim. an St. Marien Niemer, welcher es während seiner 10jährigen Amtstätigkeit in unserer Stadt verstanden hat, sich die Achtung und Liebe der ganzen Bevölkerung zu erringen.

— **Aus den Provinzen.**

Verlin, 10. Mai. Wochen-Uebersicht der Reichsbank vom 7. Mai.

- 1) Metallbestand (der Bestand an kassirfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund sein zu 1332 M. berechnet M. 957,703,000, Zunahme 6,981,000.
- 2) Bestand an Reichsbanknoten M. 25,807,000, Zunahme 325,000.
- 3) Bestand an Noten und Bank. M. 9,367,000, Abnahme 1,646,000.
- 4) Bestand an Wechseln M. 540,324,000, Abnahme 19,552,000.
- 5) Bestand an Lombardfordern M. 100,256,000, Abnahme 5,224,000.
- 6) Bestand an Effekten M. 7,865,000, Zunahme 468,000.
- 7) Bestand an sonst. Aktiven M. 32,172,000, Abnahme 716,000.

Passiva.

- 8) Das Grundkapital M. 120,000,000 unverändert.
- 9) Der Reservefonds M. 30,000,000 unverändert.
- 10) Der Vtr. der umlauf. Not. M. 966,700,000, Abnahme 32,572,000.
- 11) Die sonstigen tägl. fälligen Verbindlichkeiten 548,160,000, Zunahme 12,922,000.
- 12) Die sonstigen Passiva M. 3,308,000, Abnahme 556,000.

Aus den Provinzen.

Sanderode a. S., Seebad und klimatischer Kurort, preussisches Dorf mit 1250 Einwohnern. Eisenbahnstation der Bahn Duedlinburg-Sanderode-Vallentz (täglich 18malige Verbindung mit diesen Orten), liegt 172 Meter über Meer in den Vorbergen des nördlichen Harzes, nahe den bestbetriehten Punkten des Harzes (Wobetal, Thale, Dreetzen, Rastdorf, Treseburg, Vitzthums, Seefeld, Wäldersprung, Alexishaus, Rauenburg u. c.) Die vor rannhen Winden sehr geschützte Lage des Ortes, dicht am Fuße herrlich bewaldeter Berge, die sauerstoffreiche Luft, die einmal im Walde aufsteigenden, zur Lungenhygiene sich vortreflich eignenden, aus gehaltenen Brombeeren, die schönen Ruheplätze im Walde (meist mit Ausblickspunkten u. c.) machen Sanderode zu einem klimati-

schon Kurorte ersten Ranges. Keine Industrie fiert hier den Verkehr und Aufenthalt der Gäste. Sanderode wird seit vielen Jahren auch schon in der Frühjahrszeit sehr gern von Kurgästen, Sommerfrischlern und Touristen aufgesucht. Mittlere Tagestemperatur 14,2 Grad Reaumur. Windrichtung vorherrschend weilt mit wechselnder Richtung nach Südwesten und Süden. Der Charakter als Bad erhält Sanderode durch seine abgekühlte Seequelle („Berliner Brunnen“), deren Wasser mit bestem Erfolge zu Trinken und Bädern verwendet wird. — Außerdem Pipiten, nabelbühler, Schwefelbäder, Kaltwasserbäder, Douche, vollkommene Anwendung des Kaltwasserbeibrärens, sowie sämtliche Arten medizinischer Bäder; Milch- und Mollenkur und Massage. Drei tüchtige Badeärzte. Eine neue Apotheke für die Dauer der Saison befindet sich am Sanderodersee. — Trotz seines ländlichen Charakters bietet Sanderode doch in seinen Hotels und Privathäusern im weit nördlichen Stil mit Balkons den nötigen Komfort. Tägliche Kurkonzerte und musikalische Reunions. Die Preise sind durchaus sehr mäßig. Für die Aufschreibung von Ansichts- und genauer Beschreibung der Wege, Anbringung von Wegweiser, Verbesserung von Kurortenwegen u. s. f. sorgt sehr der hiesige Zweigverein des Harzklubs. Frequenz ca. 4000 Kurgäste. In den vielen hiesigen Privathäusern und den Hotels sind Wohnungen je nach ihrer Lage und Beschaffenheit in verschiedenen Preislagen genugsam vorhanden. Die Badeverwaltung ertheilt gern auf Wunsch nähere Auskunft und versendet Prospekte gratis.

— Es ist im Gefolge der ersten Steuerdeklarationen nach dem neuen Einkommensteuergesetz mehrfach vorgekommen, daß die Veranlagung der Deklaranten wesentlich höher ausgefallen ist, als die Steuerpflichtigen sich selbst „nach bestem Wissen und Gewissen“ eingeschätzt hatten. So ist ein Fall bekannt, wo ein Gewerbetreibender sein Gesamteinkommen auf ca. 6500 Mark deklarirte, und die Kommission dann ihn auf über 10,000 Mark veranlagte. Eine derartige höhere Taxierung seitens der Kommission ist, um mehrfach geäußerten irigen Anschauungen entgegenzutreten, nach dem neuen Steuergesetz durchaus zulässig. Das Gesetz geht davon aus, daß auch, wenn keinerlei Mittheilung vorliegt, doch der Steuerpflichtige bei seiner Steuererklärung sich von Mittheilungen leiten lassen kann über die nach dem Gesetz anzunehmenden Veranlagungssummen. Mit einem Wort, der Gesetzgeber bezweifelt, ob das Wissen des Steuerpflichtigen sich deckt mit dem Inhalt des Gesetzes. Aber immerhin enthält das Steuergesetz die bestimmte Vorschrift, daß die Veranlagungskommission, wenn sie der Steuererklärung nicht Folge geben will, vor der Veranlagung den Steuerpflichtigen hierüber unter Mittheilung der Gründe mit der Aufforderung Kenntniß giebt, sich binnen einer Frist von zwei Wochen über diese Gründe oder bestimmte an sie gestellte Fragen zu erklären. Inzwischen ist die Zeit herangerückt, in welcher es darauf ankommt, gegen eine unrichtige Veranlagung Verurteilung an die Veranlagungskommission einzulegen. Da herrscht unter den Steuerpflichtigen vielfach Zweifel darüber, ob sie in solchem Falle verpflichtet sind, vor der Veranlagungskommission ihre Geschäftsbücher aufzulegen. Im Allgemeinen hat der Steuerpflichtige auch der Veranlagungskommission gegenüber keine anderen gesetzlichen Verpflichtungen, als gegenüber der Veranlagungskommission, die Rechte der Veranlagungskommission in Bezug auf Ermittlung des Einkommens gehen nur in einem Punkte weiter, als die Rechte der Veranlagungskommission. Beide Kommissionen können über die Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen Zeugen und Sachverständige vernehmen, aber eine eideschwörende Vernehmung zu verfügen, ist nur die Veranlagungskommission berechtigt. Der Steuerpflichtige selbst kann weder eidlich, noch eideschwörend vernommen werden. Eine Vorlage der Bücher kann sowohl die Veranlagungskommission, wie die Veranlagungskommission verlangen; aber der Steuerpflichtige ist weder in dem einen, noch in dem anderen Falle verpflichtet, einer solchen Aufforderung nachzukommen. Die Abweisung einer solchen Vorlage berechtigt an sich weder die eine noch die andere Kommission, nimmern der Steuerpflichtigen nach Gutdünken einzuschätzen. In der Ausführungsanweisung ist ausdrücklich vorgeschrieben, daß, wenn es sich um die Einkommensverhältnisse von Handlungsgehilfen handelt, in der Regel nur ein einziges Mitglied der Veranlagungskommission mit dieser Einkommensverhältnisse zu betheiligen ist. Die Veranlagung gegen die Steuerdeklaration kann in der Ausnahmefälle von 28 Tagen nach Zustellung der Veranlagung eingeleitet werden. Die Veranlagung ist einzulegen bei dem Vorliegenden der Veranlagungskommission. — Nach dem früheren Einkommensteuergesetz war mit der Entscheidung der Veranlagungskommission oder Bezirkskommission für Personen mit einem Einkommen von über 3000 Mark die Veranlagung entschieden und stand ein weiteres Rechtsmittel nicht zur Verfügung. Nach dem neuen Gesetz ist gegen die Entscheidung der Veranlagungskommission noch die Beschwerde an das Obergericht eingelegt zulässig. Dieselbe kann aber nur begründet werden auf eine falsche Anwendung des Gesetzes oder der Ausführungsanweisungen oder auf erhebliche Mängel des Verfahrens. Neue Beweishebungen über die Höhe des Einkommens sind also vor dem Obergericht ausgeschlossen.

— Es ist im Gefolge der ersten Steuerdeklarationen nach dem neuen Einkommensteuergesetz mehrfach vorgekommen, daß die Veranlagung der Deklaranten wesentlich höher ausgefallen ist, als die Steuerpflichtigen sich selbst „nach bestem Wissen und Gewissen“ eingeschätzt hatten. So ist ein Fall bekannt, wo ein Gewerbetreibender sein Gesamteinkommen auf ca. 6500 Mark deklarirte, und die Kommission dann ihn auf über 10,000 Mark veranlagte. Eine derartige höhere Taxierung seitens der Kommission ist, um mehrfach geäußerten irigen Anschauungen entgegenzutreten, nach dem neuen Steuergesetz durchaus zulässig. Das Gesetz geht davon aus, daß auch, wenn keinerlei Mittheilung vorliegt, doch der Steuerpflichtige bei seiner Steuererklärung sich von Mittheilungen leiten lassen kann über die nach dem Gesetz anzunehmenden Veranlagungssummen. Mit einem Wort, der Gesetzgeber bezweifelt, ob das Wissen des Steuerpflichtigen sich deckt mit dem Inhalt des Gesetzes. Aber immerhin enthält das Steuergesetz die bestimmte Vorschrift, daß die Veranlagungskommission, wenn sie der Steuererklärung nicht Folge geben will, vor der Veranlagung den Steuerpflichtigen hierüber unter Mittheilung der Gründe mit der Aufforderung Kenntniß giebt, sich binnen einer Frist von zwei Wochen über diese Gründe oder bestimmte an sie gestellte Fragen zu erklären. Inzwischen ist die Zeit herangerückt, in welcher es darauf ankommt, gegen eine unrichtige Veranlagung Verurteilung an die Veranlagungskommission einzulegen. Da herrscht unter den Steuerpflichtigen vielfach Zweifel darüber, ob sie in solchem Falle verpflichtet sind, vor der Veranlagungskommission ihre Geschäftsbücher aufzulegen. Im Allgemeinen hat der Steuerpflichtige auch der Veranlagungskommission gegenüber keine anderen gesetzlichen Verpflichtungen, als gegenüber der Veranlagungskommission, die Rechte der Veranlagungskommission in Bezug auf Ermittlung des Einkommens gehen nur in einem Punkte weiter, als die Rechte der Veranlagungskommission. Beide Kommissionen können über die Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen Zeugen und Sachverständige vernehmen, aber eine eideschwörende Vernehmung zu verfügen, ist nur die Veranlagungskommission berechtigt. Der Steuerpflichtige selbst kann weder eidlich, noch eideschwörend vernommen werden. Eine Vorlage der Bücher kann sowohl die Veranlagungskommission, wie die Veranlagungskommission verlangen; aber der Steuerpflichtige ist weder in dem einen, noch in dem anderen Falle verpflichtet, einer solchen Aufforderung nachzukommen. Die Abweisung einer solchen Vorlage berechtigt an sich weder die eine noch die andere Kommission, nimmern der Steuerpflichtigen nach Gutdünken einzuschätzen. In der Ausführungsanweisung ist ausdrücklich vorgeschrieben, daß, wenn es sich um die Einkommensverhältnisse von Handlungsgehilfen handelt, in der Regel nur ein einziges Mitglied der Veranlagungskommission mit dieser Einkommensverhältnisse zu betheiligen ist. Die Veranlagung gegen die Steuerdeklaration kann in der Ausnahmefälle von 28 Tagen nach Zustellung der Veranlagung eingeleitet werden. Die Veranlagung ist einzulegen bei dem Vorliegenden der Veranlagungskommission. — Nach dem früheren Einkommensteuergesetz war mit der Entscheidung der Veranlagungskommission oder Bezirkskommission für Personen mit einem Einkommen von über 3000 Mark die Veranlagung entschieden und stand ein weiteres Rechtsmittel nicht zur Verfügung. Nach dem neuen Gesetz ist gegen die Entscheidung der Veranlagungskommission noch die Beschwerde an das Obergericht eingelegt zulässig. Dieselbe kann aber nur begründet werden auf eine falsche Anwendung des Gesetzes oder der Ausführungsanweisungen oder auf erhebliche Mängel des Verfahrens. Neue Beweishebungen über die Höhe des Einkommens sind also vor dem Obergericht ausgeschlossen.

— Es ist im Gefolge der ersten Steuerdeklarationen nach dem neuen Einkommensteuergesetz mehrfach vorgekommen, daß die Veranlagung der Deklaranten wesentlich höher ausgefallen ist, als die Steuerpflichtigen sich selbst „nach bestem Wissen und Gewissen“ eingeschätzt hatten. So ist ein Fall bekannt, wo ein Gewerbetreibender sein Gesamteinkommen auf ca. 6500 Mark deklarirte, und die Kommission dann ihn auf über 10,000 Mark veranlagte. Eine derartige höhere Taxierung seitens der Kommission ist, um mehrfach geäußerten irigen Anschauungen entgegenzutreten, nach dem neuen Steuergesetz durchaus zulässig. Das Gesetz geht davon aus, daß auch, wenn keinerlei Mittheilung vorliegt, doch der Steuerpflichtige bei seiner Steuererklärung sich von Mittheilungen leiten lassen kann über die nach dem Gesetz anzunehmenden Veranlagungssummen. Mit einem Wort, der Gesetzgeber bezweifelt, ob das Wissen des Steuerpflichtigen sich deckt mit dem Inhalt des Gesetzes. Aber immerhin enthält das Steuergesetz die bestimmte Vorschrift, daß die Veranlagungskommission, wenn sie der Steuererklärung nicht Folge geben will, vor der Veranlagung den Steuerpflichtigen hierüber unter Mittheilung der Gründe mit der Aufforderung Kenntniß giebt, sich binnen einer Frist von zwei Wochen über diese Gründe oder bestimmte an sie gestellte Fragen zu erklären. Inzwischen ist die Zeit herangerückt, in welcher es darauf ankommt, gegen eine unrichtige Veranlagung Verurteilung an die Veranlagungskommission einzulegen. Da herrscht unter den Steuerpflichtigen vielfach Zweifel darüber, ob sie in solchem Falle verpflichtet sind, vor der Veranlagungskommission ihre Geschäftsbücher aufzulegen. Im Allgemeinen hat der Steuerpflichtige auch der Veranlagungskommission gegenüber keine anderen gesetzlichen Verpflichtungen, als gegenüber der Veranlagungskommission, die Rechte der Veranlagungskommission in Bezug auf Ermittlung des Einkommens gehen nur in einem Punkte weiter, als die Rechte der Veranlagungskommission. Beide Kommissionen können über die Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen Zeugen und Sachverständige vernehmen, aber eine eideschwörende Vernehmung zu verfügen, ist nur die Veranlagungskommission berechtigt. Der Steuerpflichtige selbst kann weder eidlich, noch eideschwörend vernommen werden. Eine Vorlage der Bücher kann sowohl die Veranlagungskommission, wie die Veranlagungskommission verlangen; aber der Steuerpflichtige ist weder in dem einen, noch in dem anderen Falle verpflichtet, einer solchen Aufforderung nachzukommen. Die Abweisung einer solchen Vorlage berechtigt an sich weder die eine noch die andere Kommission, nimmern der Steuerpflichtigen nach Gutdünken einzuschätzen. In der Ausführungsanweisung ist ausdrücklich vorgeschrieben, daß, wenn es sich um die Einkommensverhältnisse von Handlungsgehilfen handelt, in der Regel nur ein einziges Mitglied der Veranlagungskommission mit dieser Einkommensverhältnisse zu betheiligen ist. Die Veranlagung gegen die Steuerdeklaration kann in der Ausnahmefälle von 28 Tagen nach Zustellung der Veranlagung eingeleitet werden. Die Veranlagung ist einzulegen bei dem Vorliegenden der Veranlagungskommission. — Nach dem früheren Einkommensteuergesetz war mit der Entscheidung der Veranlagungskommission oder Bezirkskommission für Personen mit einem Einkommen von über 3000 Mark die Veranlagung entschieden und stand ein weiteres Rechtsmittel nicht zur Verfügung. Nach dem neuen Gesetz ist gegen die Entscheidung der Veranlagungskommission noch die Beschwerde an das Obergericht eingelegt zulässig. Dieselbe kann aber nur begründet werden auf eine falsche Anwendung des Gesetzes oder der Ausführungsanweisungen oder auf erhebliche Mängel des Verfahrens. Neue Beweishebungen über die Höhe des Einkommens sind also vor dem Obergericht ausgeschlossen.

— Es ist im Gefolge der ersten Steuerdeklarationen nach dem neuen Einkommensteuergesetz mehrfach vorgekommen, daß die Veranlagung der Deklaranten wesentlich höher ausgefallen ist, als die Steuerpflichtigen sich selbst „nach bestem Wissen und Gewissen“ eingeschätzt hatten. So ist ein Fall bekannt, wo ein Gewerbetreibender sein Gesamteinkommen auf ca. 6500 Mark deklarirte, und die Kommission dann ihn auf über 10,000 Mark veranlagte. Eine derartige höhere Taxierung seitens der Kommission ist, um mehrfach geäußerten irigen Anschauungen entgegenzutreten, nach dem neuen Steuergesetz durchaus zulässig. Das Gesetz geht davon aus, daß auch, wenn keinerlei Mittheilung vorliegt, doch der Steuerpflichtige bei seiner Steuererklärung sich von Mittheilungen leiten lassen kann über die nach dem Gesetz anzunehmenden Veranlagungssummen. Mit einem Wort, der Gesetzgeber bezweifelt, ob das Wissen des Steuerpflichtigen sich deckt mit dem Inhalt des Gesetzes. Aber immerhin enthält das Steuergesetz die bestimmte Vorschrift, daß die Veranlagungskommission, wenn sie der Steuererklärung nicht Folge geben will, vor der Veranlagung den Steuerpflichtigen hierüber unter Mittheilung der Gründe mit der Aufforderung Kenntniß giebt, sich binnen einer Frist von zwei Wochen über diese Gründe oder bestimmte an sie gestellte Fragen zu erklären. Inzwischen ist die Zeit herangerückt, in welcher es darauf ankommt, gegen eine unrichtige Veranlagung Verurteilung an die Veranlagungskommission einzulegen. Da herrscht unter den Steuerpflichtigen vielfach Zweifel darüber, ob sie in solchem Falle verpflichtet sind, vor der Veranlagungskommission ihre Geschäftsbücher aufzulegen. Im Allgemeinen hat der Steuerpflichtige auch der Veranlagungskommission gegenüber keine anderen gesetzlichen Verpflichtungen, als gegenüber der Veranlagungskommission, die Rechte der Veranlagungskommission in Bezug auf Ermittlung des Einkommens gehen nur in einem Punkte weiter, als die Rechte der Veranlagungskommission. Beide Kommissionen können über die Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen Zeugen und Sachverständige vernehmen, aber eine eideschwörende Vernehmung zu verfügen, ist nur die Veranlagungskommission berechtigt. Der Steuerpflichtige selbst kann weder eidlich, noch eideschwörend vernommen werden. Eine Vorlage der Bücher kann sowohl die Veranlagungskommission, wie die Veranlagungskommission verlangen; aber der Steuerpflichtige ist weder in dem einen, noch in dem anderen Falle verpflichtet, einer solchen Aufforderung nachzukommen. Die Abweisung einer solchen Vorlage berechtigt an sich weder die eine noch die andere Kommission, nimmern der Steuerpflichtigen nach Gutdünken einzuschätzen. In der Ausführungsanweisung ist ausdrücklich vorgeschrieben, daß, wenn es sich um die Einkommensverhältnisse von Handlungsgehilfen handelt, in der Regel nur ein einziges Mitglied der Veranlagungskommission mit dieser Einkommensverhältnisse zu betheiligen ist. Die Veranlagung gegen die Steuerdeklaration kann in der Ausnahmefälle von 28 Tagen nach Zustellung der Veranlagung eingeleitet werden. Die Veranlagung ist einzulegen bei dem Vorliegenden der Veranlagungskommission. — Nach dem früheren Einkommensteuergesetz war mit der Entscheidung der Veranlagungskommission oder Bezirkskommission für Personen mit einem Einkommen von über 3000 Mark die Veranlagung entschieden und stand ein weiteres Rechtsmittel nicht zur Verfügung. Nach dem neuen Gesetz ist gegen die Entscheidung der Veranlagungskommission noch die Beschwerde an das Obergericht eingelegt zulässig. Dieselbe kann aber nur begründet werden auf eine falsche Anwendung des Gesetzes oder der Ausführungsanweisungen oder auf erhebliche Mängel des Verfahrens. Neue Beweishebungen über die Höhe des Einkommens sind also vor dem Obergericht ausgeschlossen.

— Es ist im Gefolge der ersten Steuerdeklarationen nach dem neuen Einkommensteuergesetz mehrfach vorgekommen, daß die Veranlagung der Deklaranten wesentlich höher ausgefallen ist, als die Steuerpflichtigen sich selbst „nach bestem Wissen und Gewissen“ eingeschätzt hatten. So ist ein Fall bekannt, wo ein Gewerbetreibender sein Gesamteinkommen auf ca. 6500 Mark deklarirte, und die Kommission dann ihn auf über 10,000 Mark veranlagte. Eine derartige höhere Taxierung seitens der Kommission ist, um mehrfach geäußerten irigen Anschauungen entgegenzutreten, nach dem neuen Steuergesetz durchaus zulässig. Das Gesetz geht davon aus, daß auch, wenn keinerlei Mittheilung vorliegt, doch der Steuerpflichtige bei seiner Steuererklärung sich von Mittheilungen leiten lassen kann über die nach dem Gesetz anzunehmenden Veranlagungssummen. Mit einem Wort, der Gesetzgeber bezweifelt, ob das Wissen des Steuerpflichtigen sich deckt mit dem Inhalt des Gesetzes. Aber immerhin enthält das Steuergesetz die bestimmte Vorschrift, daß die Veranlagungskommission, wenn sie der Steuererklärung nicht Folge geben will, vor der Veranlagung den Steuerpflichtigen hierüber unter Mittheilung der Gründe mit der Aufforderung Kenntniß giebt, sich binnen einer Frist von zwei Wochen über diese Gründe oder bestimmte an sie gestellte Fragen zu erklären. Inzwischen ist die Zeit herangerückt, in welcher es darauf ankommt, gegen eine unrichtige Veranlagung Verurteilung an die Veranlagungskommission einzulegen. Da herrscht unter den Steuerpflichtigen vielfach Zweifel darüber, ob sie in solchem Falle verpflichtet sind, vor der Veranlagungskommission ihre Geschäftsbücher aufzulegen. Im Allgemeinen hat der Steuerpflichtige auch der Veranlagungskommission gegenüber keine anderen gesetzlichen Verpflichtungen, als gegenüber der Veranlagungskommission, die Rechte der Veranlagungskommission in Bezug auf Ermittlung des Einkommens gehen nur in einem Punkte weiter, als die Rechte der Veranlagungskommission. Beide Kommissionen können über die Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen Zeugen und Sachverständige vernehmen, aber eine eideschwörende Vernehmung zu verfügen, ist nur die Veranlagungskommission berechtigt. Der Steuerpflichtige selbst kann weder eidlich, noch eideschwörend vernommen werden. Eine Vorlage der Bücher kann sowohl die Veranlagungskommission, wie die Veranlagungskommission verlangen; aber der Steuerpflichtige ist weder in dem einen, noch in dem anderen Falle verpflichtet, einer solchen Aufforderung nachzukommen. Die Abweisung einer solchen Vorlage berechtigt an sich weder die eine noch die andere Kommission, nimmern der Steuerpflichtigen nach Gutdünken einzuschätzen. In der Ausführungsanweisung ist ausdrücklich vorgeschrieben, daß, wenn es sich um die Einkommensverhältnisse von Handlungsgehilfen handelt, in der Regel nur ein einziges Mitglied der Veranlagungskommission mit dieser Einkommensverhältnisse zu betheiligen ist. Die Veranlagung gegen die Steuerdeklaration kann in der Ausnahmefälle von 28 Tagen nach Zustellung der Veranlagung eingeleitet werden. Die Veranlagung ist einzulegen bei dem Vorliegenden der Veranlagungskommission. — Nach dem früheren Einkommensteuergesetz war mit der Entscheidung der Veranlagungskommission oder Bezirkskommission für Personen mit einem Einkommen von über 3000 Mark die Veranlagung entschieden und stand ein weiteres Rechtsmittel nicht zur Verfügung. Nach dem neuen Gesetz ist gegen die Entscheidung der Veranlagungskommission noch die Beschwerde an das Obergericht eingelegt zulässig. Dieselbe kann aber nur begründet werden auf eine falsche Anwendung des Gesetzes oder der Ausführungsanweisungen oder auf erhebliche Mängel des Verfahrens. Neue Beweishebungen über die Höhe des Einkommens sind also vor dem Obergericht ausgeschlossen.

— Es ist im Gefolge der ersten Steuerdeklarationen nach dem neuen Einkommensteuergesetz mehrfach vorgekommen, daß die Veranlagung der Deklaranten wesentlich höher ausgefallen ist, als die Steuerpflichtigen sich selbst „nach bestem Wissen und Gewissen“ eingeschätzt hatten. So ist ein Fall bekannt, wo ein Gewerbetreibender sein Gesamteinkommen auf ca. 6500 Mark deklarirte, und die Kommission dann ihn auf über 10,000 Mark veranlagte. Eine derartige höhere Taxierung seitens der Kommission ist, um mehrfach geäußerten irigen Anschauungen entgegenzutreten, nach dem neuen Steuergesetz durchaus zulässig. Das Gesetz geht davon aus, daß auch, wenn keinerlei Mittheilung vorliegt, doch der Steuerpflichtige bei seiner Steuererklärung sich von Mittheilungen leiten lassen kann über die nach dem Gesetz anzunehmenden Veranlagungssummen. Mit einem Wort, der Gesetzgeber bezweifelt, ob das Wissen des Steuerpflichtigen sich deckt mit dem Inhalt des Gesetzes. Aber immerhin enthält das Steuergesetz die bestimmte Vorschrift, daß die Veranlagungskommission, wenn sie der Steuererklärung nicht Folge geben will, vor der Veranlagung den Steuerpflichtigen hierüber unter Mittheilung der Gründe mit der Aufforderung Kenntniß giebt, sich binnen einer Frist von zwei Wochen über diese Gründe oder bestimmte an sie gestellte Fragen zu erklären. Inzwischen ist die Zeit herangerückt, in welcher es darauf ankommt, gegen eine unrichtige Veranlagung Verurteilung an die Veranlagungskommission einzulegen. Da herrscht unter den Steuerpflichtigen vielfach Zweifel darüber, ob sie in solchem Falle verpflichtet sind, vor der Veranlagungskommission ihre Geschäftsbücher aufzulegen. Im Allgemeinen hat der Steuerpflichtige auch der Veranlagungskommission gegenüber keine anderen gesetzlichen Verpflichtungen, als gegenüber der Veranlagungskommission, die Rechte der Veranlagungskommission in Bezug auf Ermittlung des Einkommens gehen nur in einem Punkte weiter, als die Rechte der Veranlagungskommission. Beide Kommissionen können über die Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen Zeugen und Sachverständige vernehmen, aber eine eideschwörende Vernehmung zu verfügen, ist nur die Veranlagungskommission berechtigt. Der Steuerpflichtige selbst kann weder eidlich, noch eideschwörend vernommen werden. Eine Vorlage der Bücher kann sowohl die Veranlagungskommission, wie die Veranlagungskommission verlangen; aber der Steuerpflichtige ist weder in dem einen, noch in dem anderen Falle verpflichtet, einer solchen Aufforderung nachzukommen. Die Abweisung einer solchen Vorlage berechtigt an sich weder die eine noch die andere Kommission, nimmern der Steuerpflichtigen nach Gutdünken einzuschätzen. In der Ausführungsanweisung ist ausdrücklich vorgeschrieben, daß, wenn es sich um die Einkommensverhältnisse von Handlungsgehilfen handelt, in der Regel nur ein einziges Mitglied der Veranlagungskommission mit dieser Einkommensverhältnisse zu betheiligen ist. Die Veranlagung gegen die Steuerdeklaration kann in der Ausnahmefälle von 28 Tagen nach Zustellung der Veranlagung eingeleitet werden. Die Veranlagung ist einzulegen bei dem Vorliegenden der Veranlagungskommission. — Nach dem früheren Einkommensteuergesetz war mit der Entscheidung der Veranlagungskommission oder Bezirkskommission für Personen mit einem Einkommen von über 3000 Mark die Veranlagung entschieden und stand ein weiteres Rechtsmittel nicht zur Verfügung. Nach dem neuen Gesetz ist gegen die Entscheidung der Veranlagungskommission noch die Beschwerde an das Obergericht eingelegt zulässig. Dieselbe kann aber nur begründet werden auf eine falsche Anwendung des Gesetzes oder der Ausführungsanweisungen oder auf erhebliche Mängel des Verfahrens. Neue Beweishebungen über die Höhe des Einkommens sind also vor dem Obergericht ausgeschlossen.

— Es ist im Gefolge der ersten Steuerdeklarationen nach dem neuen Einkommensteuergesetz mehrfach vorgekommen, daß die Veranlagung der Deklaranten wesentlich höher ausgefallen ist, als die Steuerpflichtigen sich selbst „nach bestem Wissen und Gewissen“ eingeschätzt hatten. So ist ein Fall bekannt, wo ein Gewerbetreibender sein Gesamteinkommen auf ca. 6500 Mark deklarirte, und die Kommission dann ihn auf über 10,000 Mark veranlagte. Eine derartige höhere Taxierung seitens der Kommission ist, um mehrfach geäußerten irigen Anschauungen entgegenzutreten, nach dem neuen Steuergesetz durchaus zulässig. Das Gesetz geht davon aus, daß auch, wenn keinerlei Mittheilung vorliegt, doch der Steuerpflichtige bei seiner Steuererklärung sich von Mittheilungen leiten lassen kann über die nach dem Gesetz anzunehmenden Veranlagungssummen. Mit einem Wort, der Gesetzgeber bezweifelt, ob das Wissen des Steuerpflichtigen sich deckt mit dem Inhalt des Gesetzes. Aber immerhin enthält das Steuergesetz die bestimmte Vorschrift, daß die Veranlagungskommission, wenn sie der Steuererklärung nicht Folge geben will, vor der Veranlagung den Steuerpflichtigen hierüber unter Mittheilung der Gründe mit der Aufforderung Kenntniß giebt, sich binnen einer Frist von zwei Wochen über diese Gründe oder bestimmte an sie gestellte Fragen zu erklären. Inzwischen ist die Zeit herangerückt, in welcher es darauf ankommt, gegen eine unrichtige Veranlagung Verurteilung an die Veranlagungskommission einzulegen. Da herrscht unter den Steuerpflichtigen vielfach Zweifel darüber, ob sie in solchem Falle verpflichtet sind, vor der Veranlagungskommission ihre Geschäftsbücher aufzulegen. Im Allgemeinen hat der Steuerpflichtige auch der Veranlagungskommission gegenüber keine anderen gesetzlichen Verpflichtungen, als gegenüber der Veranlagungskommission, die Rechte der Veranlagungskommission in Bezug auf Ermittlung des Einkommens gehen nur in einem Punkte weiter, als die Rechte der Veranlagungskommission. Beide Kommissionen können über die Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen Zeugen und Sachverständige vernehmen, aber eine eideschwörende Vernehmung zu verfügen, ist nur die Veranlagungskommission berechtigt. Der Steuerpflichtige selbst kann weder eidlich, noch eideschwörend vernommen werden. Eine Vorlage der Bücher kann sowohl die Veranlagungskommission, wie die Veranlagungskommission verlangen; aber der Steuerpflichtige ist weder in dem einen, noch in dem anderen Falle verpflichtet, einer solchen Aufforderung nachzukommen. Die Abweisung einer solchen Vorlage berechtigt an sich weder die eine noch die andere Kommission, nimmern der Steuerpflichtigen nach Gutdünken einzuschätzen. In der Ausführungsanweisung ist ausdrücklich vorgeschrieben, daß, wenn es sich um die Einkommensverhältnisse von Handlungsgehilfen handelt, in der Regel nur ein einziges Mitglied der Veranlagungskommission mit dieser Einkommensverhältnisse zu betheiligen ist. Die Veranlagung gegen die Steuerdeklaration kann in der Ausnahmefälle von 28 Tagen nach Zustellung der Veranlagung eingeleitet werden. Die Veranlagung ist einzulegen bei dem Vorliegenden der Veranlagungskommission. — Nach dem früheren Einkommensteuergesetz war mit der Entscheidung der Veranlagungskommission oder Bezirkskommission für Personen mit einem Einkommen von über 3000 Mark die Veranlagung entschieden und stand ein weiteres Rechtsmittel nicht zur Verfügung. Nach dem neuen Gesetz ist gegen die Entscheidung der Veranlagungskommission noch die Beschwerde an das Obergericht eingelegt zulässig. Dieselbe kann aber nur begründet werden auf eine falsche Anwendung des Gesetzes oder der Ausführungsanweisungen oder auf erhebliche Mängel des Verfahrens. Neue Beweishebungen über die Höhe des Einkommens sind also vor dem Obergericht ausgeschlossen.

— Es ist im Gefolge der ersten Steuerdeklarationen nach dem neuen Einkommensteuergesetz mehrfach vorgekommen, daß die Veranlagung der Deklaranten wesentlich höher ausgefallen ist, als die Steuerpflichtigen sich selbst „nach bestem Wissen und Gewissen“ eingeschätzt hatten. So ist ein Fall bekannt, wo ein Gewerbetreibender sein Gesamteinkommen auf ca. 6500 Mark deklarirte, und die Kommission dann ihn auf über 10,000 Mark veranlagte. Eine derartige höhere Taxierung seitens der Kommission ist, um mehrfach geäußerten irigen Anschauungen entgegenzutreten, nach dem neuen Steuergesetz durchaus zulässig. Das Gesetz geht davon aus, daß auch, wenn keinerlei Mittheilung vorliegt, doch der Steuerpflichtige bei seiner Steuererklärung sich von Mittheilungen leiten lassen kann über die nach dem Gesetz anzunehmenden Veranlagungssummen. Mit einem Wort, der Gesetzgeber bezweifelt, ob das Wissen des Steuerpflichtigen sich deckt mit dem Inhalt des Gesetzes. Aber immerhin enthält das Steuergesetz die bestimmte Vorschrift, daß die Veranlagungskommission, wenn sie der Steuererklärung nicht Folge geben will, vor der Veranlagung den Steuerpflichtigen hierüber unter Mittheilung der Gründe mit der Aufforderung Kenntniß giebt, sich binnen einer Frist von zwei Wochen über diese Gründe oder bestimmte an sie gestellte Fragen zu erklären. Inzwischen ist die Zeit herangerückt, in welcher es darauf ankommt, gegen eine unrichtige Veranlagung Verurteilung an die Veranlagungskommission einzulegen. Da herrscht unter den Steuerpflichtigen vielfach Zweifel darüber, ob sie in solchem Falle verpflichtet sind, vor der Veranlagungskommission ihre Geschäftsbücher aufzulegen. Im Allgemeinen hat der Steuerpflichtige auch der Veranlagungskommission gegenüber keine anderen gesetzlichen Verpflichtungen, als gegenüber der Veranlagungskommission, die Rechte der Veranlagungskommission in Bezug auf Ermittlung des Einkommens gehen nur in einem Punkte weiter, als die Rechte der Veranlagungskommission. Beide Kommissionen können über die Einkommensverhältnisse

u. **Wahrgartentänze.** (Seber Bericht wahrzuzeigen. 1 Buch mit vielen neuen **Wähen** und **Anekdoten**, (reich illustriert). 1 **Gesheimnisse von Berlin**, Berlin bei Tag u. Nacht, (Sensationell). Ein **Neues Taschenspielerbuch**, enthält die neuesten **Vogelweisen** und **Schönenlieder** und **Komplets** mit **Noten**. (Original). 1 **Gesheimnis der Liebe**, (sehr amüsant!) 1 **Die Kunst eine reiche Braut zu bekommen**, (sehr gut). 10 **Stück Geburtstags- und Wistarten**. 1 **Neues illustriertes Wäbiat**, **„Berliner Humor“**. Außerdem: 1 **Neuer Amerikanischer Schnellphotograph**. (Für Jedermann).

Alles zusammen kostet nur 1 **M. 50 Pf.** und versendet umgehend nach jeder **Drte Deutschlands und Österreichs** d. **Berliner Verlagsbuchhandlung von Reinhold Klinger**, Berlin N. O., **Beefähr. 23.** **Kaufst.** Preisliste 10 S. **Telephon-Nr. 7.** (Fr. 553).

Handl. Händler, Kolporteur, sendet Adresse ein.

Emil Ahorn,
Steinmetzmeister, Stettin-Grünhof, Pöhligerstraße 57—58.
Fernsprecher 576. Haltestelle der Pierdebahn, Schulhaus
[] Ältestes und größtes Geschäft in Pommern. []
Grabdenkmäler
als Kreuze, Obeliske, Hügelsteine u. in reichhaltigster Auswahl.
Größtes Lager in polirtem schwarzem Granit.
Grabgitter
nach meistens eigenen Modellen, bei sauberster Ausführung u. billigsten Preisen.
Gitterschwelle und Fundamente
zu denselben werden auf Wunsch sofort nach Aufgabe verlegt und billigstens
berechnet.

ist am 7. Mai d. J. aus unserem
Geschäft entlassen worden und hat
kein Recht mehr, für unsere Firma
ferner Verkäufe zu machen und
Gelder für uns in Empfang zu
nehmen.

Stettin, 10. Mai 1892.

Saloschin & Silberstein.

Die nur unter Maske ringt. **Prämie: 50 Mark.**
 Auffreten des gefamten, in Stettin in solcher An-
 zahl und Borsüglichteit noch nicht vereint ge-
 sehenen Spezialitäten-Ensembles. Grostartiger Erfolg
 der **Grunatho-Truppe (8 Personen)**. Gomi-
 schkeit, **Sisters Vorlopi** Lawinenstürze, **Signor**
Bariletti der beste Gaudibrist der Gegenwart, **Frauen**
Luna Elliot (preisgekrönte Schönheit), **Fraülein**
Lumanda Contrelly (preisgekrönte Schönheit),
 die **Addie Sullivan**, englisch Song und Dance,
 die **Enna Doré**, beste Wiener Coubrrette, **Frl.**
Leabeth Pesthy, vorzügliche Koffimantbrette,
 der **August Geldner**, unübertroffener Seltungs-
Großes Extra-Kränzen.
 Näheres die Plakate an den Säulen.